

VERKEHR: Viele Fragezeichen um die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim / Bürgerinitiative unzufrieden

Bahn will alte Fehler vermeiden

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kros

WALLDORF. Hinter der geplanten Bahn-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim stehen noch immer viele Fragezeichen. Völlig ausgeklammert werde beispielsweise bislang die Frage, wie die zusätzlichen Personen- und Güterzüge, die über die Neubaustrecke rollen sollen, durch das Mannheimer Stadtgebiet geführt werden können. Das räumte Jörg Ritzert, Projektleiter bei der DB Netz, gestern vor dem Planungsausschuss im Verband Region Rhein-Neckar in Walldorf ein. Erst 2017 werde der Bund ein Gutachten in Auftrag geben, das "ermitteln soll, ob für den Bahnknoten Mannheim zusätzliche Infrastruktur notwendig ist", so Ritzert.

Beteiligungsforum im Dezember

In der Quadratestadt wird bereits seit längerem über eine Umfahrstrecke für Güterzüge spekuliert, die den Anwohnern viel Lärm ersparen könnte. "Ziel ist, für den Bahnknoten Mannheim herauszufinden, welche Maßnahmen erforderlich sind, damit er auch künftig ausreichend leistungsfähig ist", bestätigte eine Sprecherin des Bundesverkehrsministeriums in Berlin die aktuelle Sachlage. Wann Ergebnisse vorliegen könnten, sagte sie jedoch nicht.

"Ohne genauere Erkenntnisse über den Bahnknoten Mannheim werden wir uns aber auch nicht mit dem Trassenverlauf im Dreieck Lorsch/Viernheim/Mannheim auseinandersetzen können", sagte Ritzert. "Da haben wir noch keine Planungen".

Trotzdem habe man für den 6. Dezember nun erstmals zu einem sogenannten Beteiligungsforum eingeladen. Man erwarte etwa 100 Vertreter von Politik und Wirtschaft sowie zahlreichen Verbänden und Bürgerinitiativen. "Das hört sich vielleicht viel an, aber wir wollen niemanden übergehen", so Ritzert. Das Forum solle die gesamten Planungen "als iterativer Prozess", also schrittweise, begleiten. "Wir wollen alle Sorgen und Nöte der Menschen in das Projekt reinholen". Zusätzlich werde man auch immer wieder offene Informationsveranstaltungen für Bürger abhalten. "Wir haben aus unseren Fehlern gelernt", sagte der Bahn-Manager mit Verweis auf die heftigen Streitigkeiten beim Ausbau der Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel.

Hintergrund ist der geplante Bau einer zusätzlichen Trasse zwischen Frankfurt und Mannheim, auf der künftig tagsüber Personen- und nachts Güterzüge fahren sollen. Die Bahn rechnet täglich mit 40 zusätzlichen ICE-Linien und um knapp zehn Minuten schnelleren Verbindungen. Wegen ungeklärter Finanzierungen hatte das Unternehmen seine Planungen allerdings 2011 auf Eis belegt. Mitte des Jahres nahm der Bund das Projekt dann aber in den Bundesverkehrswegeplan auf. Ritzert geht davon aus, dass der Bundestag darauf aufbauend Anfang 2017 grünes Licht für die Strecke gibt. Mit einer Planfeststellung für das gesamte Projekt rechnet der Projektleiter 2019.

Der Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Bahnregion 21 (IG BRN 21) in Mannheim geht das Ganze allerdings etwas zu schnell. "Wir halten die Öffentlichkeitsbeteiligung "zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht", sagte Gunther Mair, Sprecher der IG BRN 21, gestern in Mannheim. "Der Projektraum ist nur teilweise erfasst, es fehlen der Knoten Mannheim und die Bestandsstrecken", monierte er. Das Thema Verkehrslenkung, also tagsüber Personen- und nachts Güterzüge, sei zudem noch nicht verbindlich geregelt. Gehe man jetzt "abschnittsweise vor", bestehe die Gefahr, dass bereits "Sachzwänge geschaffen" werden, so Mair. "Kurz: Für die Ziele dieses für die Zukunft der Region so immens wichtigen Verkehrsprojekts wurde noch kein Gesamtkonzept entwickelt".

"Volle Transparenz"

Ritzert hält diese Kritik allerdings für unbegründet: "Wir wollen gleich zu Beginn eine volle Transparenz

gewährleisten", konterte er, "und nicht erst reagieren, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist".

Ralph Schlusche, Direktor des Verbands Region Rhein-Neckar, und Christian Specht, Vorsitzender des Planungsausschusses, schlossen sich grundsätzlich an: "Nach den vielen Jahren, die wir schon verloren haben, ist ein konstruktiver Dialog überfällig", sagte Specht. Ein Beteiligungsforum brauche allerdings "eine klare Geschäftsordnung und die Möglichkeit, verbindliche Entscheidungen treffen zu können". Auch Mannheims Bürgermeister Lothar Quast forderte von der Bahn endlich "Verbindlichkeit", Ritzert warb dagegen um einen "Vertrauensvorschuss".

© Mannheimer Morgen, Donnerstag, 17.11.2016